

Erklärungsnot



Anmerkungen zum Interview der früheren Hellersdorfer Bürgermeisterin Marlitt Köhnke in der *Berliner Woche*

von Werner Wiemann

Im Interview erzählt Frau Köhnke von ihrem Unverständnis dafür, dass die AfD hier genauso viele Stimmen bekommt wie die Linke. Daraus leitet sie ab, dass viele die Demokratie gar nicht wollen.

Das ist eine seltsame Folgerung. Nahe liegt eher, dass Frau Köhnke die Demokratie nicht verstanden hat. So wie sie 1989 nicht mitgekriegt hatte, dass die DDR kurz vor der Auflösung stand. Sie plappert die medienübliche Einstufung der AfD als „rechtspopulistisch“ nach. Und meint, dass die AfD aus dem Boden derer schöpft, die nicht in diesem System angekommen und mit ihrem Denken und Fühlen stehen geblieben sind.

Frau Köhnke und alle anderen Vertreter der Blockparteien sollten sich Gedanken darüber machen, dass das Gegenteil der Fall ist. Nicht die AfD-Wähler, sondern ihre eigenen Wähler sind in ihrem Denken und Fühlen zurückgeblieben. Auch wenn ihre Zahl von Wahl zu Wahl abnimmt, machen die Wähler der SPD und der anderen Blockparteien durch ihr Stimmverhalten deutlich, dass in der Vergangenheit stehengeblieben sind. Dass sie immer noch diese Parteien für Vertreter ihrer Interessen halten, obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Die Nichtwähler, zahlenmäßig die größte Gruppe, sind da schon einen Schritt weiter. Sie wollen ihre Stimme nicht mehr für

eine Politik hergeben, die sie als falsch erkannt haben. Sie wollen nicht mehr nur deshalb, weil sie früher mal Hoffnungen auf eine der Blockparteien gesetzt haben, dies trotz allen Enttäuschungen erneut tun. Die durch die Mainstream-Medien verpassten Scheuklappen wirken halt immer weniger.

Die heimatlos gewordenen früheren Wähler der Blockparteien und auch viele der Nichtwähler lassen sich aber nicht ewig für dumm verkaufen. Aus ganz unterschiedlichen Schichten stoßen sie zur AfD. So musste selbst die Berliner Zeitung feststellen: „Die neue Arbeiterpartei heißt AfD.“ Nicht als „rechter“ Rand, sondern aus allen Teilen unseres Volkes stoßen diejenigen zu uns, die für eine bessere Politik sorgen wollen. Mit den Worten eines ehemaligen Regierenden Bürgermeisters ist festzustellen: *Und das ist auch gut so.*